

EXTRA-Blatt

Wöchentliches Berlin-Info

Freitag, 13. Juni 1997

Hallo Leute, kann sein, daß ihr euch heute statt der gewohnten Zeitung mit dieser vierseitigen Sonderausgabe begnügen müßt. Wie ihr gehört habt, hatten wir diese Woche unvorhergesehene Vertriebsschwierigkeiten. Mit eurer Hilfe werden wir dieses Blättchen ersatzweise unter die Leute bringen. Auf den vier Seiten lest ihr eine Erklärung der Durchsuchungsgeschädigten vom Donnerstag, eine Erklärung der „INTERIM", einen amüsanten Bericht des Verfassungsschutzes aus dem Jahr 1995 und zwei Seiten aus der teilweise abgegriffenen Nummer. Nächste Woche gibt es wieder eine vollständige Ausgabe.

Pressemitteilung einiger durchsuchter Projekte und Einzelpersonen

Gestern, am 12. Juni 1997, ließ die Berliner Staatsanwaltschaft mit 500 Polizeibeamten die Wohnprojekte Yorkstr. 59, Reichenberger Str. 63a, einen Büroraum der Antirassistischen Initiatve e.V., Wohnungen in der Rigaer Str. 34, Liebigstr. 14 und mindestens fünf weitere Wohnungen und eine Druckerei in Kreuzberg und Neukölln durchsuchen. Die Durchsuchungsbefehle, die teilweise über einen Monat alt waren, lauteten auf „Belohnung und Billigung von Straftaten".

Mit den Durchsuchungsbeschlüssen wird 12 Personen vorgeworfen, an der redaktionellen Arbeit, der Herstellung und am Vertrieb der Zeitschrift „Interim" beteiligt gewesen zu sein. Acht der Beschuldigten wurden von der Polizei angetroffen. Sie wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt, vernommen und am späten Nachmittag wieder freigelassen.

Ein weiterer Durchsuchungsbeschluß betrifft zwei Personen, denen vorgeworfen wird, ein Plakat mit der Überschrift „Der General putzt fürs Kapital", auf dem Innensenator Jörg Schönbohm als „Mr. Propper" bezeichnet wird, plakatiert zu haben. Da das Plakat kein V.i.s.d.P. hat, werden sie beschuldigt, es auch hergestellt zu haben. Ex-General Schönbohm hat mit den Durchsuchungen einmal mehr bewiesen, daß die MacherInnen des Plakates den Nagel auf den Kopf getroffen haben.

Bei allen Durchsuchungen rückte die Polizei mit einem völlig übertriebenen Aufgebot an. In der Reichenberger Str., der Rigaer Str. und der Liebigstr. verschafften sich Schönbohms Büttel mit Gewalt Zutritt zu den Häusern, ohne sich die Mühe zu machen, vorher zu klingeln.

Im Hausprojekt Yorkstr. 59 wurden sämtliche Wohnräume aller 60 BewohnerInnen - entweder mit der beliebten Ausrede „Gefahr im Verzug" oder völlig ohne Begründung - durchsucht. Die Bewohnerinnen erhielten teilweise keinen Zutritt zu ihren Zimmern.

(Fortsetzung letzte Seite)

Ein Prinzip kann man nicht verhaften!

Seit neun Jahren erscheint die INTERIMwöchentlich. Observationen, Verfolgungen, Ermittlungsverfahren konnten ihr Erscheinen nicht verhindern. Der Verfassungsschutzbericht 1995 machte das „hohe Maß an Vertrauen und Disziplin" unter den MacherInnen dafür verantwortlich, daß es bisher nicht gelungen ist, uns mundtot zu machen. Nun glauben die Polit-Kommissare, einen Fang gemacht zu haben. Dazu erklären wir folgendes:

1. Es gibt keine feste Interim-Redaktion, genauso wenig wie eine feste Interim-Produktion oder -Vertrieb. Die Zeitung wird ständig von anderen Menschen zusammengestellt, produziert und unter die Leute gebracht.
2. Wenn irgendwo Papiere gefunden werden, die in der Interim erschienen sind, dann heißt das gar nichts. Die Interim hat einen zugänglichen Postkasten; jede/r hat die Möglichkeit, Papiere an diese Adresse zu schicken, und wir wüßten nicht, was das für einen Straftatbestand erfüllen sollte.
3. Die Bullen haben Druckmaschinen auseinandermontiert, Computer und Akten beschlagnahmt, Verfahren gegen einzelne Leute eingeleitet. Es ist lächerlich zu glauben, daß sie damit die Interim zerschlagen hätten. Die Interim ist ein Kommunikations-PRINZIP: der unzensierte, d. h. nicht gesetzlichen, sondern nur eigenen Regeln unterworfene, anonyme Austausch über Theorie und Praxis undogmatischer linksradikaler Politik. Solange die soziale Zerstörungswut der Herrschenden einen radikalen Widerstand notwendig macht, ist es nicht möglich, sich den Rahmen für die Auseinandersetzung darüber durch die herrschenden Gesetze stekken zu lassen.

Wenn Schönbohm versucht, diesen für uns alle nötigen Austausch durch Beschlagnahmungen und Verhaftungen zu unterbinden, kann er genauso gut versuchen, einen Gebirgsbach in Handschellen zu legen. Wenn es die Notwendigkeit gibt, sich außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Wege zu verständigen, dann wird das auch geschehen, und es werden sich immer Leute finden, die diese Kommunikation möglich machen, vervielfältigen und vertreiben.

4. Wir sehen die Aktion gegen einen Teil der Strukturen der Interim zu diesem Zeitpunkt als flankierende Maßnahme zu dem Krieg, den die Herren Schönbohm und Landowski uns erklärt haben. In einer Zeit, wo der Widerstand gegen ihre Säuberungspolitik wächst - Innenstadt-Aktionen, 2.Juni-Kongress, neue Mobilisierungen unter den WagenburglerInnen, HausbesetzerInnen, Obdachlosen, ImmigrantInnen - soll das Forum weggeschlagen werden, über das eine Vernetzung dieses Widerstandes möglich ist. Auch wenn uns die Auseinandersetzung über unsere Politik oft nicht gelingt, träge oder schräg wird: Schönbohms Kriegserklärung ist angekommen, und wir werden darauf reagieren.

Wer Repression sät, wird Revolte ernten! Wir versprechen, daß die nächste Interim pünktlich erscheinen wird und sich mit dem Thema, wie wir gegenüber den Hauptstadt-Ausputzern in die Offensive kommen, ausführlich beschäftigen wird. Alle, die zu diesem Thema was beizutragen haben, werden Wege finden, ihre Texte der Interim zukommen zu lassen.

Der Verfassungsschutzbericht 1995 über die INTERIM:

Die autonome Szene hat ihren eigenen Jargon und ihre eigenen Medien, was in mehreren zum Teil konspirativ verbreiteten Szeneblättern zum Ausdruck kommt. Besondere Bedeutung für Berlin hat die seit April 1988 als sogenanntes Wöchentliches Berlin-Info herausgegebene Zeitschrift „INTERIM".

Die grundsätzlich Donnerstag, in einer geschätzen Auflage von 2000 Exemplaren zum Preis von 2,50 DM (auswärts 3,oo DM), erscheinende Publikation veröffentlicht aktuell kursierende Flugblätter und Erklärungen, darunter auch Taterklärungen zu Anschlägen aus der autonomen Szene sowie zu Aktivitäten der „Revolutionäre(n) Zellen" und der „Rote(n) Armee Fraktion".

Im Vorwort der Ausgabe Nr. 1 vom1.Mai 1988 wird von den Verfassern über die Gründe reflektiert, die sie bewogen haben, die Druckschrift ins Leben zu rufen:

„....Mit dieser Zeitung versuchen wir, an die neuen Strömungen der radikalen undogmatischen Berliner Linken anzuknüpfen und gleichzeitig zwei Lücken zu schließen: Ein fehlendes Berliner Info der undogmatischen Linken und der politische Abgang der taz .."

Im Vorwort der Ausgabe Nr. 10 vom 1. Juli 1988 gehen die Verfasser noch etwas in Detail:

„Wir haben unsere Aufgabe so begriffen, daß wir die autonomen Diskussionsprozesse verbreitern und vorantreiben helfen...

Bei Papieren, die wir als problematisch einschätzen, müssen wir deshalb von uns aus auf eine Veröffentlichung verzichten oder in kauf (sic!) nehmen, daß wieder jemand mehr die Verbindung zur Redaktion kennt. Papiere, wo wir meinen, daß durch eine Veröffentlichung niemand gefährdet wird und auch keine gefährdenden Inhalte weitergetragen werden, haben wir aus Sicherheitsgründen nochmals abgetippt..."

„....schließlich sind die Autonomen doch kein elitärer Geheimzirkel, sondern haben ein politisches Anliegen, das einfach verbreitet werden muß, nicht nur in Hinblick auf den September..."

Die Publikation entstand ursprünglich als „INTERIMslösung" bei der Suche nach neuen Kommunikationsformen und aus einer innerhalb der Autonomen geführten Diskussion um revolutionäre Organisierung.

In der o.a. Nummer 10 wird hierzu angeführt:

„....Wir raffen uns also auf, kämpfen die allgemeine Ferienstimmung nieder und machen weiter bis zum September. Dann wollen wir endgültig entscheiden, ob diese Zeitung gebraucht wird oder nicht..."

In einem in der Ausgabe Nr. 36 vom 19. Januar 1989 veröffentlichten Interview der „Edition ID-Archiv" mit den „INTERIM"-Herausgebern heißt es in diesem Zrsammenhang:

„....weist die „Zwischenlösung" aber auch darauf hin, daß wir die INTERIM als einen Schritt auf der Suche nach neuen Kommunikationsformen innerhalb der radikalen Linken begreifen. Vielleicht ergeben sich da in den nächsten Jahren noch ganz andere Strukturen als das traditionelle Mittel einer Zeitung. Wir wünschen es uns eigentlich. Deshalb wären wir nicht enttäuscht, wenn die INTERIM aus diesen Gründen mal überflüssig werden sollte..."

Und weiter:

„....Es soll keine Illusionen geben. Die INTERIM war das Produkt einer damaligen politischen Schwäche- der Zusammenbruch der politischen Diskussionen auf einer breiteren Basis- die in jener Zeit in Westberlin (und im Bundesgebiet) herrschte. Waurm die verschiedenen Gruppen und Fraktionen nicht in der Lage waren, Auseinandersetzungen miteinander zu führen, wissen wir nicht. Vielleicht standen alle unter dem Druck von zu hohen Erwartungen, Lösungen für die damaligen lähmenden Fragen zu finden.

(...)Die INTERIM war deswegen eher das Ergebnis eines strategischen Rückzuges: der Versuch, eine Diskussion auf einer alltäglichen, breiten, überschaubaren, regionalen Ebene wiederherzustellen (sic!)..."

Innerhalb der fünf Jahre ihres Bestehens entwickelt sich die „INTERIM" in der Szene zu einer Publikation mit einem nahezu institutionellen Charakter. Beispielhaft hierfür sei nur die durchaus als hoch zu wertende Teilnehmerzahl von etwa 150 Personen anläßlich des am 18. Juni 1993 unter dem Motto „5 Jahre Interim" veranstalteten „Presseballs" erwähnt.

Dieser hohen Erwartungshaltung stehen die Herausgeber seit langem skeptisch gegenüber. Sie sahen sich bereits in der Ausgabe Nr. 172 vom 5. Dezember 1992 zu der Klarstellung veranlaßt:

„....werden manchmal Erwartungen an uns gestellt, die wir weder erfüllen können noch wollen. Wir verstehen uns nicht als die Interims, und unsere politischen Schwerpunkte liegen auch nicht ausschließlich in der Erstellung dieser Infos..."

Konzeptionell gäbe es künftig jedoch zwei Schwerpunkte: *„Forum der Bewegung"* (Diskussionsforum und Mobilisierungsfaktor) wie bisher zu sein, aber auch verstärkt *„den Blick auf soziale Bewegungen und gesellschaftliche Konflikte zu werfen"*.

Obwohl „INTERIM" nach eigenen Angaben *„den festen Kreis der MacherInnen"* erweitert und die Erstellung der Zeitung *„in einer Art Rotation mit anderen"* aufgeteilt haben will, wird die Publikation nach wie vor „klandestin" hergestellt.

„....Jeder/m wird einleuchten, daß wir diese Zeitung klandestin machen müssen. Jemanden zu fragen, bedeutet also auch immer gleichzeitig, uns selbst oder wenigstens die Verbindung zu uns zu erkennen zu geben. Wir müssen das also abwägen." („INERIM", Nr. 10 vom 1. Juli 1988).

Diese Verfahrensweise, die charakteristisch für das Handeln „geschlossener" autonomer Gruppen - zu denen auch der Herausgeberkreis der „INTERIM" gerechnet werden muß - ist, wird offenbar mit aller Konsequenz eingehalten.

Für die Praxis bedeutet dies, daß weder Treffpunkte noch -termine, geschweige denn Informationen über die eigene „Struktur", insbesondere die personellen Hintergründe, öffentlich bekanntgemacht werden.

In dieser auf gegenseitigem Vertrauen und hoher Disziplin aufgebauten „geschlossenen Struktur" liegt aber auch der Grund dafür, daß es bisher keiner Sicherheitsbehörde gelungen ist, mehr als „Randerkenntnisse" über das Projekt „INTERIM", das inzwischen bundesweit Bedeutung für die autonome Bewegung erlangt hat, zu gewinnen.

Diverse von der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht eingeleitete Ermittlungsverfahren, vor allem wegen des Werbens für eine terroristische Vereinigung, mußten gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt werden (zuletzt am 4. November 1994), weil es nicht möglich war, die Verfasser, Hersteller und Verbreiter namhaft zu machen, bzw. zu identifizieren oder die Vertriebswege nachzuvollziehen.

Aus der z. T. beschlagnahmten Nummer 424 vom 12. Juni 1997

Neues aus der Nacht - zu den Verhaftungen in Friedrichshain

Die Ernennung von General Schönbohm zum Innensenator Berlins setzte ein unübersehbares Zeichen für den Umgang mit politischen und sozialen Problemen dieser Stadt. Ein Senator, der als überzeugter Militarist nur in der Lage ist, in den Kategorien von Tod und Vernichtung zu denken, verwechselt die Komplexität sozialer Probleme mit einem militärischen Schlachtfeld. Berlin soll in eine saubere Reichshauptstadt umgewandelt werden, in der sich Bonzen und PolitikerInnen wohl fühlen und ungestört darstellen können.

HausbesetzerInnen, AntifaschistInnen, Flüchtlinge, militante Tier- und UmweltschützerInnen, Schwule, Lesben, SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose...die nicht bereit sind, sich mit ihrer Situation als naturgegebenem Schicksal abzufinden, und entschlossenen Widerstand gegen die Politik der Herrschenden leisten, bilden ein Störpotential für die reaktionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in dieser Stadt. Insofern ist es nur logisch, wenn nach dem Motto verfahren wird: Wer sich wehrt, kriegt aufs Maul. Der gezielte Bullenangriff auf die revolutionäre 1.-Mai-Demonstrationen und die Menschenjagd am gleichen Abend in Kreuzberg müssen als mißlungener Versuch des Staatsapparates gewertet werden, die linke Szene einzuschüchtern und zu zerschlagen.

Der Bezirk Friedrichshain dient als Experimentierfeld polizeistaatlicher Strategien mit dem Ziel, den linken Widerstand zu brechen. Alles, was nach Szene aussieht oder von den Bullen dafür gehalten wird, wird ohne Vorwarnung und konkreten Anlaß schikaniert und terrorisiert. Ausweiskontrollen, willkürliche Festnahmen, absurde Auslegungen der Straßenverkehrsordnung sind an der Tagesordnung und gehören zur Alltagserfahrung politisch engagierter Menschen.

Die permanente Drohung mit der Räumung weiterer besetzter Häuser soll die Bewegung zum Wohlverhalten und Kuschen veranlassen. Die historische Erfahrung zeigt, daß selbstbestimmte Freiräume nur durch aktiven Widerstand und nicht durch Nutzungsverträge von Senats Gnaden oder Gerichtsprozesse erreicht werden können.

Die Repression richtet sich gezielt gegen Leute, denen unterstellt wird, daß sie in das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht integrierbar sind und sich nicht das Recht nehmen lassen, für selbstbestimmte und herrschaftsfreie Verhältnisse zu kämpfen.

Ein aktueller Fall polizeistaatlicher Willkür in Friedrichshain stellt die Verhaftung von Gunnar, Eva und Justus in der Nacht vom 4. Zum 5. Mai dar: Die drei wurden beschuldigt, einen Bagger in Brand gesetzt und Scheiben bei der WBF eingeschmissen zu haben, obwohl kein zeitlicher und räumlicher Zusammenhang zur angeblichen Tat bestand. Trotzdem fuhren sie ein und der Staatsschutz benötigte drei Wochen, bis er zugeben mußte, daß sein Konstrukt nicht aufrecht zu erhalten war. Um einer völligen Niederlage zu entgehen, reduzierte die Staatsanwaltschaft den Tatvorwurf auf einen angeblichen Verstoß gegen das Waffengesetz.

Nach dem Haftprüfungstermin am 28. Mai wurden Eva und Justus auf der Grundlage von schikanösen Meldeauflagen vorläufig entlassen. Gunnar muß weiter im Knast bleiben. Bei ihm werden drei verschiedene Verfahren aus den letzten Jahren, die allesamt absurde Tatvorwürfe

Fortsetzung von Seite 1

Eine Touristin aus Uruguay wurde in Gewahrsam genommen - sie könnte ja illegal sein. Auch in Räumen, für die es keinerlei Durchsuchungsbefehle gab, wurden willkürlich Zeitschriften, hunderte von Disketten und Computer beschlagnahmt. Auch die Durchsuchung der Antirassistischen Initiative fand ohne richterlichen Beschluß statt. Die Vermutung liegt nahe, daß mit der gesamten Durchsuchungsaktion Überblick und Einsichten in linke Wohnprojekte gewonnen werden sollten.

Die Behauptung von Polizei und Staatsanwaltschaft, die Redaktionsräume der „Interim" befänden sich in irgendeiner der durchsuchten Wohnungen oder Wohnprojekte, ist absurd. Die „Interim" ist eine Wochenzeitung, die - für alle ersichtlich - aus den Beiträgen besteht, die über eine öffentliche Postadresse zugeschickt werden. Sie ist Diskussionsforum für das gesamte Spektrum der radikalen, autonomen Linken. Sie wird von den Beiträgen ihrer LeserInnen getragen.

Die kontinuierliche Kriminalisierung autonomer Politikformen richtet sich immer wieder auch gegen ihre Medien. Vor zwei Jahren durchsuchte die Bundesanwaltschaft bundesweit Wohnungen wegen der linksradikalen Zeitschrift „radikal" und verwandelte eine Zeitschrift kurzerhand in eine „terroristische Vereinigung". Auch die „Interim" wird seit ihrem Bestehen von Innensenatoren und „Staatsschützern" angegriffen. Pressefreiheit existiert eben nicht für alle.

Wir wehren uns dagegen, daß Teile der Berliner Medien - allen voran die SFB-Abendschau und die BZ - die Darstellungen der Staatsanwaltschaft als Wahrheit verkaufen und Beschuldigte mal eben als „RedakteurInnen" und Wohnprojekte als „Redaktionsräume" bezeichnen. Wir werden Gegendarstellungen verlangen.

Mit uns wird es keine „saubere Hauptstadt" geben. Wir lassen uns unsere Medien nicht kriminalisieren.
Ein lebendiger Widerstand braucht Zeitungen... Und die werden wir lesen, weitergeben und unterstützen!

Fortsetzung von Seite 3

enthalten, zusammengezogen zu einer Knastandrohung von zwei bis drei Jahren. Die drei Leute erhalten fragwürdige Beschuldigungen mit überzogenen Strafandrohungen, weil sie der linksradikalen Szene angehören und nicht, weil ihnen der Staatsschutzunsinn nachgewiesen werden kann.

Die Kriminalisierung von politischen Menschen ist willkürlich und kann jede und jeden treffen. Deshalb ist es besonders wichtig, daß die Repression gegen Gunnar, Eva und Justus nicht als polizeistaatlicher Normalzustand hingenommen, sondern als Versuch der Disziplinierung und Einschüchterung der gesamten linken Szene begriffen wird. Wir fordern euch alle auf, die Repression gegen die drei öffentlich zu machen und Ideen und Aktionen zu entwickeln, wie dieser neuerliche Repressionsversuch abgewehrt werden kann.

Power durch die Mauer, bis sie bricht!
Freiheit für Gunnar und die Mai-Gefangenen!
Kraft und Grüße für Gunnar!

Verband der Berliner Tankstellenpächter

Pressemitteilung - 4. Juni 1997

Comando Villa Abajo - Kommando Unterstadt

Heute morgen haben wir den Brunnen am Breitscheidplatz zum Überschäumen gebracht.

(Foto liegt nicht bei, überzeugen Sie sich also selbst, es lohnt sich. Zur Kundgebung gegen die Jahreshauptversammlung der AG City vor dem Palace Hotel um 19.00 müssen Sie ja sowieso erscheinen).

Dies ist unser Beitrag zum Sauberkeitswahn der PolitikerInnen, der saturierten OberstadtbürgerInnen und der Geschäftsleute, gegen den in dieser Woche viele Gruppen im Rahmen der Innenstadt-Aktion protestieren.

Dies ist unser Beitrag zu einer Stadtpolitik, die nur noch Sauberkeitsprobleme, Sicherheitsprobleme, ästhetische Probleme kennt. Eine Politik, die Menschen, die nicht in das Bild der sauberen, sicheren Servicemetropole passen, einfach wegwischen, aus dem Bild radieren will - mit Polizei und privaten Sicherheitsdiensten, durch Razzien, Platzverweise, Verbringungsverwahrsam, Politik der Gefährlichen Orte usw.

Sie wollen Sauberkeit, sie sollen ihre Seifenoper haben, und das mit möglichst vielen Fortsetzungen...

Denn zur Putzarbeit fühlen wir mujeres de villa abajo uns berufen. Die tatsächliche, alltägliche Putzarbeit in Geschäftshäusern und Privathaushalten wird meist nachts und unsichtbar von denen geleistet, die tagsüber nicht ins Bild passen sollen: Der Glanz der Metropole wird vor allem von Frauen hergestellt, hauptsächlich von Frauen ohne deutschen Paß. Die Glanzleistung Berlin beruht auf ungeschützter, schlecht bezahlter Arbeit ohne soziale Absicherung.

Sie wollen Sauberkeit, sie sollen ihre Schaumberge bekommen, und zwar am Tag und öffentlich sichtbar.

All das bringt uns zum Überschäumen - vor Wut über die Arroganz der geplanten, aalglatten, abgeschirmten Konsummeilen. Aber auch zum Überschäumen vor Freude darüber, daß dieses erwünschte, sterile Bild der Stadt ganz einfach vollgekleckert werden kann. Mit der überschäumenden Phantasie, daß der Sauberkeitswahn der Ober-/Innenstadt sich als pure Schaumschlägerei erweisen könnte, verabschieden sich

die mujeres de villa abajo
für den Schaum der villa abajo/Unterstadt
gegen den Schaum der villa arriba/Oberstadt

